

"Wir lassen den Sport nicht allein" - Schäubles Kampf gegen Doping

Interview mit Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in der "Stuttgarter Zeitung" vom 10.03.2007

Doping ist eines der Schwerpunktthemen auf der Konferenz europäischer Sportminister, die am Montag in Stuttgart beginnt. Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) erläutert seine Antidopingstrategie im Gespräch mit Armin Käfer.

Stuttgarter Zeitung: Herr Schäuble, Ihr neues Gesetz gegen Doping komme spät und sei mangelhaft, sagen Kritiker. Warum lassen Sie Schlupflöcher für Dopingsünder?

Schäuble: Bundesregierung, Parlament und der deutsche Sport haben gemeinsam diese weitere gesetzliche Verschärfung des Antidopingkampfs entwickelt. Der Gesetzentwurf ermöglicht alles, was der Staat im Kampf gegen das Doping leisten kann. Im Übrigen ist das Gesetz nur Teil eines umfassenden Pakets, das neben den rechtlichen Sanktionen auch die Förderung der Wissenschaft und der Praxis der Dopingbekämpfung umfasst.

StZ: Warum haben Sie den Sport so lange allein gelassen mit dem Dopingproblem?

Schäuble: In jeder Phase der Gesetzesarbeit haben wir den engen Schulterschluss mit den Sportverbänden praktiziert. Aber eines ist auch klar: die Sanktionen, die den Sportverbänden zu Gebote stehen - etwa sofortige Wettkampfsperren -, sind wirkungsvoller und schneller als strafrechtliche Drohungen. Die staatliche Justiz ist an die Unschuldsvermutung gebunden. In vielen Dopingskandalen, die für Aufsehen gesorgt haben, gab es am Ende keine Verurteilung, weil eine konkrete Schuld nicht zu beweisen war. Deshalb sind die Erwartungen, die an ein verschärftes Strafrecht geknüpft werden, durch bisherige Erfahrungen nicht gedeckt. Das muss man offen sagen. Es wäre auch völlig falsch, den Sport aus seiner Verantwortung zu entlassen. Darauf legen die Sportverbände auch großen Wert.

StZ: Was wollen Sie mit dem neuen Gesetz erreichen?

Schäuble: Ich will die hochkriminellen Strukturen, die sich hinter dem Doping verbergen, mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Das kann der Sport allein nicht leisten. Darum wird sich künftig auch das Bundeskriminalamt kümmern, die können das besser.

StZ: Der Besitz von Dopingpräparaten ist auch künftig nur unter Strafe gestellt, wenn es sich um größere Mengen handelt. Warum werden die Dopingsünder nicht allesamt zur Verantwortung gezogen?

Schäuble: Um diese Frage hat es eine lange Debatte gegeben. Klar ist: auch Sportler können wegen des Besitzes nicht geringer Mengen von Dopingmitteln künftig strafrechtlich verfolgt werden. Wer Teil der kriminellen Dopingnetzwerke ist, sei es als Täter, als Händler oder Anstifter, ist genauso strafbar wie die Hintermänner. Rechtssystematisch ist es aber ein Problem, den bloßen Besitz kleiner Mengen von Substanzen, die zum Doping eingesetzt werden, unter Strafe zu stellen. Oft sind das ja Medikamente. Die Grenze zur kriminellen Nutzung lässt sich nur schwer ziehen. Im Übrigen geht unser Strafrecht von dem Grundsatz aus, dass Selbstbeschädigung nicht justiziabel ist. Sonst müssten wir auch das Rauchen unter Strafe stellen oder den Konsum von Alkohol.

StZ: Viele fordern einen Straftatbestand des Sportbetrugs als Handhabe gegen das Doping. Warum sind Sie dagegen?

Schäuble: Da gab es einmal einen Gesetzesentwurf des Bundesrats, der kläglich in der Versenkung verschwunden ist. Wo beginnt der Betrug im Sport? Schon beim Schinden eines Elfmeters? Sollen wir auch Schwalben im Strafraum gesetzlich verbieten? Mit solchen Aktionen signalisieren die Stars der Jugend: der Zweck heiligt die Mittel. Mich ärgert das furchtbar. Aber ist es deshalb gleich ein Fall für den Staatsanwalt?

StZ: Schwalben sind spontane Regelverletzungen, beim Doping geht es doch meist um systematischen Betrug. Vergleichen Sie da nicht Äpfel mit Birnen?

Schäuble: Nein. Uns geht es darum, den gewerbsmäßigen Handel mit Dopingpräparaten zu unterbinden. Wir wollen den international operierenden Netzwerken, die dahinterstecken, das Handwerk legen. Für einen Straftatbestand des Sportbetrugs gab es im Bundesrat keine Mehrheit. Diejenigen, die keine Lösung haben, sollen andere nicht kritisieren.

StZ: Welche Rolle haben Schwerpunktstaatsanwaltschaften im Kampf gegen Doping?

Schäuble: Das wäre sehr hilfreich. Allerdings sind dafür die Länder zuständig. Ich rede den Ländern nicht in ihre Zuständigkeiten hinein. Wir tun das, was wir können. Wir beauftragen das Bundeskriminalamt, sich um schwere Dopingkriminalität zu kümmern.

StZ: Gewalt im Sport ist ein Schwerpunktthema der Konferenz europäischer Sportminister in Stuttgart. Was kann der Staat tun, um die Randalen in Stadien zu unterbinden?

Schäuble: Bei der WM hatten wir das Problem im Griff. In den großen Stadien der deutschen Profiligen ist das kein Thema. Anders ist es in den nachfolgenden Klassen. Da ist der Deutsche Fußballbund gefordert, indem er den Vereinen klar macht, dass sie sich stärker um ihre Fans kümmern müssen.

StZ: Sollte die Polizei noch massiver auftreten?

Schäuble: Die Polizei hat keinen Nachholbedarf - nirgendwo, in keinem einzigen Bundesland. Im Gegenteil, gelegentlich muss man sich fragen, ob es noch zu verantworten ist, dass Hundertschaften von Polizisten bei Spielen aufmarschieren müssen, wo nur ein paar dutzend Zuschauer auf den Rängen sitzen. Nein, die Vereine müssen ihren Fans klar machen, wo der Enthusiasmus endet.

StZ: Um noch ein unsportliches Thema anzusprechen: das Bleiberecht. Am Montag werden Sie mit CSU-Chef Stoiber über den Kompromiss der Koalition verhandeln. Wo sehen Sie noch Spielräume?

Schäuble: Das Bleiberecht ist nur ein kleiner Teil eines umfangreichen Pakets, das die Sicherheit in unserem Land verbessert, die Chancen des Zusammenlebens, die Integration. In der öffentlichen Debatte wird gelegentlich der Eindruck erweckt, es gehe hier um Menschen, die längst abgeschoben wären, wenn der Bund nicht so furchtbar großzügig wäre. Nein, man kann diese Menschen nicht abschieben, sonst wären sie längst abgeschoben. Es werden nicht mehr als zehn Prozent der vielleicht 80 000 bis 100 000, um die es geht, jemals unser Land verlassen. Deshalb sind wir uns alle einig, dass sie arbeiten sollten und nicht von Sozialhilfe

leben, wenn sie schon hier sind. Das wollen wir ermöglichen. Jetzt geht es nur noch um den Punkt, dass sie in der Zeit, bis sie arbeiten, keine höheren Sozialleistungen erhalten, als sie bisher bekommen. In der Sache sind wir uns einig. Wir werden uns am Montagabend verständigen. Wir haben ja das gleiche Ziel.